



Auf der idyllischen Wiesenfläche in Allendorf sollen vier neue Gebäude mit zusammen 42 Wohnungen entstehen – was offenbar nicht jedem gefällt. Foto: Initiative Allendorf

Neubaugelbiet sorgt für Streit

PROTEST Zahlreiche Allendorfer wehren sich mit Initiative gegen Standort / Fraktionen und Stadt weisen Vorwürfe zurück

Von Frank-O. Docter

GIESSEN-ALLENDORF. Wie in Kleinlinden ist auch im benachbarten Allendorf heftiger Protest aus der Bürgerschaft gegen ein Neubaugelbiet laut geworden. Dort sollen wenige Gehminuten von altem Ortskern und Mehrzweckhalle entfernt auf einer Wiesenfläche im Gebiet Aubach vier dreigeschossige Gebäude mit 42 Wohnungen gebaut werden. In drei der Häuser sind jeweils zehn Eigentumswohnungen vorgesehen, während im vierten zwölf Sozialwohnungen geplant sind. Zielgruppe sind vor allem Senioren, da in diesem Ortsteil ein Mangel an barrierearmen Wohnmöglichkeiten besteht. Investor ist die Gießener Revikon GmbH. Mit der Auswahl des Standortes ganz und gar nicht einverstanden sind die Mitglieder der „Initiative Allendorf“, da sich das Grundstück in einem „amtlichen Überschwemmungsgebiet“ befindet. Zudem befürchtet man ein steigendes Verkehrsaufkommen und einen unsicheren Schulweg von Kindern und moniert, dass der aufgrund der Bebauung an einen anderen Ort zu verlegende Spiel- und Bolzplatz „auf erheblich kleinerer Fläche“ ersetzt werden soll. Die Initiative hat laut einem Sprecher, der seinen Namen nicht genannt haben möchte, bereits rund 260 Unterschriften gegen die Neubauten gesammelt und wolle dies fortsetzen.

Auf die Vorwürfe, wie auch den eines „fragwürdigen Zustandekommens des Bauvorhabens“, über das man im Vorfeld nicht ausreichend informiert worden sei, hat die Gegenseite – Stadt Gießen sowie Allendorfer Ortsbeirats-Fraktionen SPD,

Grüne und Freie Wähler (FW) – bereits reagiert. In einer gemeinsamen Stellungnahme drücken die Beiratsmitglieder ihre „Verwunderung“ über die Argumentation der „Initiative“ aus. So habe sich der Ortsbeirat bereits in mehreren Sitzungen mit dem Projekt beschäftigt und über vorbereitende Maßnahmen abgestimmt. Ferner habe bereits im November 2016 eine öffentliche Podiumsdiskussion, an der über 80 Interessierte teilgenommen hätten, stattgefunden. Wie Ortsvorsteher Thomas Euler (SPD) auf Nachfrage des Anzeigers schildert, wurde der Projektantrag seiner Fraktion bereits im August 2016 einstimmig beschlossen.

Bezüglich der einzelnen Kritikpunkte stellen die Parteien in puncto Hochwasserschutz klar, dass die notwendig werdenden Retentionsmaßnahmen, also Ausgleichsflächen für die dann bebaute Fläche, „auf demselben Grundstück stattfinden“. Auf der öffentlichen Ortsbeiratssitzung am 14. August (der Anzeiger berichtete) habe der Architekt dies erläutert. Noch dazu sei diese Maßnahme bei Einreichung des Bauantrags mit der Unteren Wasserbehörde als Teil des Baugenehmigungsverfahrens zu prüfen, heißt es weiter.

Was das Verkehrsaufkommen angeht, befürchtet der „Initiativen“-Sprecher, dass dieses künftig durch die Straßen Aubach und Untergasse enorm zunehmen wird. Was aufgrund der teilweisen Straßenenge für hier entlanggehende Schulkinder gefährlich würde. Die Fraktionen weisen aber darauf hin, bei den Bauarbeiten wie auch der Verkehrserschließung des Neubaugelbiets werde ausschließlich die Au-

bach Zufahrtsstraße, wohingegen die verkehrsberuhigten Bereiche „Teilgärtenweg“, „Im Kleefeld“ und „Krautgärten“ nicht betroffen seien. Zudem bleibe die Straße „Krautgärten“ weiterhin gesperrt. „Übrigens entstehen nur 42 Wohnungen und einige der Senioren/innen werden vielleicht gar kein Auto mehr besitzen“, geben die Unterzeichner zu bedenken.

Die Protestler sehen ihre Bedenken gegen eine Bebauung in einem Überschwemmungsgebiet von Stadt- und Ortsbeiratsseite offenbar nicht ernst genug genommen. Wie der Sprecher gegenüber dieser Zeitung deutlich macht, habe es trotz des 2001/02 gebauten und insgesamt „eigentlich gut funktionierenden“ Hochwasserschutzdamms immer wieder Überschwemmungen durch Starkregen gegeben, so erst im Mai dieses Jahres sowie im vorherigen Januar und Dezember. „Der Kleebach kann in kürzester Zeit ein gewaltiges Niveau erreichen“, warnt er, zumal sich das Wasser unter der Brücke schnell anstaut. Die dortigen Schlammmassen seien zwar vor rund zwei Jahren ausgebaggert worden, wären inzwischen aber wieder zurück. Im Übrigen lägen die nach der Bebauung freien Retentionsflächen „genauso tief oder noch tiefer“ wie die jetzigen, verdeutlicht der Sprecher das seiner Ansicht nach zu hohe Überschwemmungsrisiko.

Darüber hinaus schlägt die „Initiative“ mehrere Alternativstandorte für die neuen Häuser vor. Favorisiert werden offensichtlich zwei Flächen: Zum einen am Rande des Neubaugelbiets „Ehrsamer Weg“, wo sich laut dem Sprecher eine der Stadt Gie-

ßen gehörende Parzelle mit 2750 Quadratmetern Größe befände. Zusammen mit einer benachbarten Fläche, die der Eigentümer verkaufen wolle, käme man auf 4400 Quadratmeter, rechnet er vor. Sogar über 8000 seien es auf einem Areal an der Triebstraße, wovon bereits etwa 6000 Quadratmeter Eigentum der Stadt seien. Diese Vorschläge dürften aber zu spät kommen, da der Verkauf des jetzigen Grundstücks an Revikon bereits am 21. Juni von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, teilt auf Anfrage Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greulich mit.

Im Fokus der Kritik der „Initiative Allendorf“ steht auch die Bürgermeisterin selbst. In der am Montag an die heimische Presse verschickten Mitteilung sprechen die Protestler vom „Abschiedsgeschenk der grünen Bürgermeisterin an ihr Heimatdorf“. Bekanntlich wohnt Weigel-Greulich in Allendorf und wird Anfang November ihr Amt an Peter Neidel (CDU) übergeben. Ortsvorsteher Thomas Euler (SPD) nimmt auf Nachfrage die Bürgermeisterin in Schutz und bescheinigt ihr, wie der Ortsbeirat das Projekt „sehr transparent nach vorne gebracht“ zu haben. Gremiumsmitglieder und interessierte Bürgerschaft seien „immer gut informiert“ gewesen, so Euler. Darüber hinaus wirft er Mitgliedern der „Initiative“ vor, Allendorfer Einwohner mit „unhaltbaren, teils sogar ehrabschneidenden Behauptungen gegen verschiedene Personen, auch und insbesondere gegen meine Person“ zu einer Unterschrift zu verleiten. Dies würde „das Dorf teilen, und das halte ich für eine gefährliche Entwicklung“, betont der Ortsvorsteher.